

Landesjugendring SH e.V. • Holtenauer Straße 99 • 24105 Kiel
Sozialausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Katja Rathje-Hoffmann

Per Mail: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kiel, 01.11.2022

Stellungnahme im Rahmen der Expert*innenanhörung Corona

Fundiert Handeln – Entscheidungen auf wissenschaftlicher Grundlage treffen Drucksache
20/155

Isolationspflicht abschaffen – Aus der Pandemie in die Endemie Drucksache 20/118 (neu)

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann, sehr geehrte Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Landesjugendring begrüßt, dass die Auswirkungen der Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche inzwischen gesondert betrachtet werden und dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür eingesetzt hat, dass junge Menschen durch das Bundesinfektionsschutzgesetz nicht durch höhere Auflagen benachteiligt werden.

Der Landesjugendring befürwortet für junge Menschen eine Lockerung der Isolationspflicht, da eine Isolation für sie eine besondere Härte bedeutet. Je mehr Zeit Kinder und Jugendliche in Isolation verbringen, desto mehr verschärfen sich soziale Ungleichheiten, mentale Probleme usw. Es ist davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche durch den Schulbesuch einer höheren Ansteckungswahrscheinlichkeit ausgesetzt sind und damit häufiger in Isolation müssten als Erwachsene, gleichzeitig sind die körperlichen Folgen einer Corona-Erkrankung für sie geringer.

Zu glauben, dass Lockerungen und der Wegfall von Einschränkungen wie der Isolationspflicht ausreichen, damit Kinder und Jugendliche wieder ein unbelastetes Leben führen können, greift allerdings zu kurz. Jugend und ein jugendgerechtes Aufwachsen müssen aktiv ermöglicht werden. Dazu hat der Landesjugendring bereits im August 2021 bei seiner Vollversammlung den Beschluss „Kinder und Jugendliche auf dem Weg aus der Corona-Krise unterstützen“ gefasst (vgl. <https://www.ljrsh.de/positionen/view/1291>), der darauf eingeht, dass die Bewältigung der Corona-Krise im Hinblick auf junge Menschen eine Langzeitaufgabe darstellt.

Kinder und Jugendliche haben in der Corona-Krise Verzicht und Beschränkung erlebt statt der besonders in der Jugendphase notwendigen Freiräume, um sich selbst positionieren und verselbständigen zu können. Aktuelle Forschungsergebnisse verweisen z.B. auf die verringerte Sozialkompetenz bei Kindern und Jugendlichen, die als weniger belastbar und stressanfälliger eingeschätzt werden (vgl. z.B. Professor Dr. Wolfgang Ilg u.a.: „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf jugendverbandliche Freizeitmaßnahmen“, <https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Jugendreisen/2022-DBJR-Auswertungsbericht-Corona-Freizeit.pdf>).

Um dem zu begegnen, muss u.a. Jugend(verbands)arbeit in ihrer präventiven Funktion so gestärkt werden, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche in und nach der Corona-Krise die Angebote wahrnehmen können. Sie bietet Rückhalt, Zugehörigkeitsgefühl und dringend notwendige Zeiträume zur eigenständigen Persönlichkeitsentwicklung, dies gilt insbesondere auch für Ferienfreizeiten. Die genannte Studie kommt zu dem Schluss, dass die aktuellen Kernherausforderungen für den Erhalt von Ferienfreizeiten die Stärkung und Wiedergewinnung des Ehrenamts und die finanzielle Absicherung von Freizeitmaßnahmen und Einrichtungen wie Jugendunterkünften ist. Dies erleben die Jugendverbände und -ringe auch in ihrer alltäglichen Arbeit. Um die Folgen der Corona-Krise für das Ehrenamt in der Jugendarbeit zu bewältigen, sind weiterhin große Anstrengungen nötig. Der Nachwuchs aus der Jugendarbeit ist es erwiesenermaßen auch, der sich später in anderen Bereichen engagiert, so dass die gesellschaftlichen Auswirkungen deutlich über die Jugendarbeit hinausgehen.

In der aktuellen Phase treffen die hohen Kostensteigerungen für Energie, Verpflegung, Transport etc. die Jugend(verbands)arbeit besonders hart. Sie führen zu einer erneuten hohen zeitlichen und emotionalen Belastung des Ehrenamtes, das nicht weiß, wie es seine Einrichtungen und Angebote absichern soll. Zum anderen können Angebote nur durch höhere Teilnehmer*innengebühren aufrechterhalten werden, die von Familien und jungen Menschen mit geringen Einkommen nicht erbracht werden können. Die gemeinnützigen Jugendgruppenunterkünfte, die für Ferienfreizeiten, Bildungsseminare und Klassenfahrten notwendig sind, stehen vor der Herausforderung, ihre häufig aus Kostengründen nicht energetisch sanierten Häuser zu erhalten und gleichzeitig ihrem sozialen Anspruch gerecht zu werden. Die langfristigen negativen Folgen für Kinder, Jugendliche, Ehrenamtliche und Jugendfreizeit- und bildungsstätten können nur gemildert werden, wenn die Angebote auf allen Ebenen ausreichend finanziell gefördert werden. Auf Landesebene sehen wir dringenden Handlungsbedarf, was die Förderung der landesweiten Jugendarbeit und die Investitionen in Jugendunterkünften betrifft und fordern Sie als Sozialpolitiker*innen auf, sich für die Belange der Jugendarbeit stark zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Wilms
Vorsitzender

Anne-Gesa Busch
Geschäftsführerin